

# Milch, Macht, Mindesteinkommen

Was ist das Gemeinsame zwischen Beschäftigten bei Discountern, Erwerbslosen und Milchbauern? Zur Beantwortung dieser Frage wurde von der ALSO, der örtlichen Arbeitsloseninitiative, dem BDM, dem Bund deutscher Milchviehhalter und der Gewerkschaft ver.di zu einer Kundgebung am 29. Mai auf den Osterburger Markt in Oldenburg (Oldbg.) eingeladen. Rund 150 folgten dem Aufruf, nahmen den Anlass der Veranstaltung ernst und diskutierten noch lange nach Abschluss der eigentlichen Kundgebung über sie zusammen betreffende Fragen mit Menschen, die sie sonst wohl kaum getroffen hätten.



**“Warum demonstrieren wir nicht gegeneinander...**

...die Bauern für höhere Verkaufspreise, die Erwerbslose und Niedrigverdiener nicht zahlen können? Warum demonstrieren hier nicht Niedrigverdiener gegen Arbeitslose und Bauern, weil diese von „ihren“ Steuern leben? Oder Arbeitslose gegen Niedrigverdiener und Bauern, weil sie deren Arbeitsplätze haben wollen?”

Mit diesen Fragen wurde eine Kundgebung mit “ungewöhnlicher Zusammensetzung” eröffnet. Erwerbslose aus Leer, Oldenburg und Wilhelmshaven kamen zusammen mit Milchbauern aus dem Oldenburger Umland, Cloppenburg, der Wesermarsch und Ostfriesland und zahlreichen Beschäftigten, darunter von privaten Postdienstleistern. Unterstützt wurde die Kundgebung ebenfalls aus dem Spektrum des autonomen Aktionszentrums Alhambra, der Linkspartei sowie anliegenden Gewerbetreibenden, die den Strom bereitstellten.

Aufmerksam folgten sie den Redebeiträgen, die von der Ladefläche eines landwirtschaftlichen Anhängers gehalten wurden.



Eingangs erläuterte Helmuth für die VeranstalterInnen die gemeinsame Ursache der Verarmung von Produzenten landwirtschaftlicher Produkte, Beschäftigten und Erwerbslosen: die zunehmende Dominanz des Handels- und Finanzkapitals über die Lebensbedingungen der Menschheit. So entwickelten die Discounter in den vergangenen Jahrzehnten eine Marktmacht, die es ihnen nunmehr erlaubt, den Zugang der Waren zum Käufer zu kontrollieren. Doch sie setzen nicht allein die Ladenpreise und Hungerlöhne der bei ihnen Beschäftigten fest. Zugleich bestimmen sie den Preis, den die Erzeuger für ihre Produkte erhalten. Da bleibt den Erzeugern nichts anderes, als immer

mehr und billiger zu produzieren, um überhaupt noch über die Runden zu kommen.

Gerade die Produzenten von Lebensmitteln sitzen dabei doppelt in der Falle: ihre Ware ist schnell verderblich, sie müssen diese daher zeitnah absetzen, sind jedoch, um billig produzieren zu können, auf eine Massenproduktion angewiesen, die nurmehr Großabnehmer wie ALDI, Lidl & Co abnehmen. Wer anders könnte den Ertrag einer Anbaufläche von beispielsweise 60 Hektar auf einen Schlag abnehmen,

wenn zeitgleich tonnenweise Blumenkohl erntereif ist? Unter vergleichbarem Abgabedruck stehen z. B. die südspanischen Gemüseproduzenten der Region Almeria bei der Vermarktung ihrer Paprika, Tomaten, Zucchini etc. wie auch die Milchbauern, die Milch zu Preisen oft unter Produktionspreis verkaufen müssen.

Die Kehrseite der Billigangebote, auf die Erwerbslose zum Durchkommen angewiesen sind (und auf die sie von Politikern so gern verwiesen werden, um ein völlig unzureichendes Sozialleistungsniveau zu rechtfertigen), spüren Erwerbslose spätestens





wenn sie beim Discounter arbeiten müssen: Missachtung grundlegender Arbeitsrechte, 400-EUR-Jobs auf Dauer, unbezahlte Überstunden, Verfolgung von Arbeitnehmervertretungen, Bspitzelung von MitarbeiterInnen, sind eher Regel denn Ausnahme. Von den Kämpfen um Arbeitnehmerrechte sowie um einen Tarifvertrag bei Schlecker berichtete für ver.di Heike Klattenhoff. Schlecker's Politik veranschaulichte eine Woche vor der Kundgebung die Marktleitung der am Kundgebungsplatz gelegenen Filiale. Als sie zu einem Beitrag zur Kundgebung persönlich eingeladen wurde, hiess es, beim Wort ver.di nur noch: "Raus aus dem Laden".



Wer für die Discounter produziert, schafft dies schon gar nicht unter fairen Arbeitsbedingungen seiner MitarbeiterInnen. Der Discounter Lidl, der sich in Zusammenarbeit mit der staatlichen Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) kürzlich noch rühmte, seine Textilien würden weltweit unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt, musste diese Werbung aufgrund einer Klage der Verbraucherzentrale Hamburg im April diesen Jahres zurück ziehen [1].

Die wahre Situation der Produzenten schilderte am Beispiel der Milcherzeugung Ottmar Ilchmann (BDM):

*"Diesem Preisdruck kann ich nur durch Kosteneinsparungen begegnen, d.h. notwendige Investitionen werden verschoben, mehr Tiere auf gleicher Fläche gehalten und schlechte Löhne gezahlt. Die Beratung empfiehlt uns, engagierte willige Arbeitnehmer für 1000 € brutto zu beschäftigen. Die meisten können sich überhaupt keine Mitarbeiter leisten. Diesen Betrieben bleibt nur die Selbstaussbeutung durch Mehrarbeit des Betriebsleiters und durch kostenlose Mithilfe von Ehefrau, Kindern und Altenteilern, manchmal buchstäblich bis zum letzten Atemzug. Ein Erzeugerberater brachte es folgendermaßen auf den Punkt: Der Erfolg eines Betriebes hängt von der Leidenschaftsfähigkeit der Betriebsleiterfamilie ab."*

Für die ALSO stellte Guido Grüner klar, dass Erwerbslo-



se, bei aller finanziellen Not, nicht von einem Preisniveau der Waren profitieren wollen, das auf dem Elend der ArbeiterInnen weltweit fußt, z. B.:

- den seit Jahren sinkenden Löhnen der in Südspanien tätigen Erntearbeiter aus Afrika, wo nicht nur das hier verkaufte Gemüse unter Plastikplanen gezogen wird, sondern auch die Ernte-Helfer unter Plastikplanen leben, auf engstem Raum, ohne gesundheitliche Versorgung;
- der TextilarbeiterInnen in Bangladesh, die Waren für Lidl zusammennähen. Junge Frauen zwischen 16 und 25 Jahren mit Arbeitszeiten von bis zu 15 Stunden täglich. Länger als vier bis fünf Jahre halten sie das nicht durch. Sie hausen mit 6 bis 10 Frauen in Fabrikunterkünften, die kaum mehr bieten als die Schlafstätte;
- oder die Arbeiterfamilien, die in den Ländern, wo 'unsere' Billigcomputer zusammen gelötet werden, mit vier bis sechs Kindern auf einem Zimmer hausen.

Hinsichtlich des für den Großteil der Menschheit im eigentlichen Sinne des Worte mörderischen Wettbewerbs um Marktanteile und -macht im Handel mit Gütern des alltäglichen Gebrauches stelle "die Höhe der Regelleistung von Hartz IV eine zentrale politische und wirtschaftliche Stellschraube" dar. Heute werden die ArbeitnehmerInnen in Folge der auf Hartz IV-Niveau gesenkten Sozialleistungen in Richtung Niedrigstlöhne gedrückt. Heute werden Beschäftigte und Erwerbslose den Discountern gemeinsam als Kunden zugetrieben. Anderswo einkaufen, geschweige denn fair produzierte und gehandelte Waren, ist für Erwerbslose und NiedriglöhnerInnen nicht mehr drin.

Daher fordern Erwerbslose die deutliche Erhöhung der Regelleistung - für Alleinstehende 500 EUR. Allein zur besseren Absicherung der Ernährung fordern sie monatlich 80 EUR mehr. Heute gibt es für's Essen nur rund 120 Euro im Monat, das sind am Tag nur 3 Euro 94. So kann sich niemand anständig ernähren, geschweige denn fair.



Genau so, wie die Politiker und Parteien mit politischen Entscheidungen Armut und Elend weltweit herbeiführen können, so könnten sie auch Weichen stellen für "ein Wirtschaften ohne Ausbeutung und Elend".

Wie sehr und wie vielfältig den Opfern von politischen und ökonomischen Entscheidungen selbst die Verantwortung für ihre Lage zugesprochen wird, konnten Mitglie-

der der ALSO auch bei Gesprächen mit PassantInnen beim Flugblatt-Verteilen vor umliegenden Discountern erfahren. Dass wir Erwerbslose "selbst schuld seien", wissen wir schon lange. Dass aber auch die Bauern selbst Schuld seien, da sie alle nur immer mehr Milch produzieren wollten und dann nicht ohne Subventionen klar kämen, wollte ihnen ein Kunde und hoher Mitarbeiter der Oldenburger Landwirtschaftskammer erklä-

ren. Dass dies jedoch keinesfalls die Idee der Milchbauern des BDM ist, dass sie keine Milchsees produzieren wollen, dass es nicht ihre Idee ist, über den EU-subventionierten, damit steuerfinanzierten, Export von Milchprodukten z. B. nach Afrika daran mitzuwirken, ihre dortigen Kollegen, die regionale Landwirtschaft dort (wie hier) platt zu machen, überraschte diesen Kunden. Doch am offenen Mikrophon wollte er sich leider nicht an der Kundgebung beteiligen.

Das Gemeinsame der Beiträge dieser Kundgebung war die Aufforderung, anders zu denken. "Nicht von der Logik der Marktmacht der Discounter her. Nicht von der Logik des individuell billigsten Einkaufs. Sondern von der Logik der Würde des Menschen. Und die existiert nur dort, wo dem Menschen ein Mindesteinkommen garantiert ist, das es ihm erlaubt, mit gehobenem Kopf durch sein Leben zu gehen. Nicht gemäß der Logik, angeblich unverzichtbare Bankhäuser zu retten, sondern gemäß der Logik sozialer Gerechtigkeit. Eine solche Gerechtigkeit garantiert für alle Menschen Gemeinsames: wie z.B. gesunde und hinreichende Ernährung, kostenlose Ausbildung, ein Gesundheitswesen, das nicht nach dem Einkommen fragt. Nicht gemäß der Logik, Arbeitslose zu verunglimpfen. Sondern gemäß des Rechts auf Arbeit, und zwar in Würde, mit weit möglicher Selbstbestimmung und ohne dass dieses Recht auch eine Pflicht bedeutete. Einer Arbeit mit Mindestlohn oder eben fairen Produktionspreisen, wenn Produkte hergestellt werden, die zur Grundversorgung aller Menschen gehören."



Gemeinsam war den Beteiligten auch das Bewusstsein, dass die "nach unten gerichtete Lohn-Preis-Spirale politisch gewollt in Gang gesetzt ist, deren Verlierer alle an der Kundgebung sind: Erwerbslose, Arbeitnehmer/Innen und Bauern und Bäuerinnen. Ottmar ergänzte: "Gewinner dieser Entwicklung gibt es auch - nicht zufällig sind die Brüder Albrecht, Besitzer der Aldi-Märkte, die reichsten Männer Deutschlands." Für die Bäuerinnen und Bauern heißt es daher sich zu bündeln, um auf Augenhöhe mit Molkereien und Einzelhandelsunternehmen zu kommen. Für Erwerbslose, den Kampf um die Anhebung der Regelleistung aufzunehmen, besonders da diese in diesem Jahr neu festgesetzt werden. Für die Beschäftigten, Mindestlöhne und darüber hinaus gehende Tarife zu erkämpfen.

Wo es der Politik möglich ist, binnen weniger Tage Entscheidungen zu Milliarden-Beträgen zu Gunsten privater Banken zu treffen, mangelt es unseren Forderungen noch an Kraft. Bündnisse, wie sie am Osternburger Markt sichtbar wurden, dürften entscheidende Schritte zu einer diesbezüglichen Mängelbeseitigung sein.

Stärke kann ein derartiges Bündnis auch aus dem Austausch gewinnen, der über den jeweiligen 'Tellerrand' hinaus geführt wird. So wurde am Osternburger Markt die Frage offen diskutiert, ob es vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte zulässig und

tragbar sei, Symbole in den Farben der Landesfahne zu verwenden, wie z. B. die "Faironika" des BDM. Diese Debatte konnte nicht zu Ende geführt werden. Doch die Verwendung der Landesfarben durch den BDM kann neu einordnen, wer weiss, dass Milchbauern im europaweiten Bündnis mit Milchkuhmodellen für eine regionale Versorgung mit Lebensmitteln werben, die in der jeweiligen Landesfarbe lackiert sind. Sie stellen sich damit gegen eine immer weiter spezialisierte Massen- und Billigproduktion von Nahrungsmitteln. Denn diese droht die Existenzgrundlagen sowohl von Erzeugern wie auch Verbrauchern weltweit zu ruinieren.



Dass die in Opposition zum Bauernverband im BDM zusammengeschlossenen Milchbauern mit ihrer Position keinen leichten Stand haben, zeigte sich auf der Internetseite von "top agrar online" (der 'Fachzeitschrift' des Bauernverbandes). Während die Funktionäre des Bauernverbandes (z. B. Sonnleitner) keine Gelegenheit auslassen, Agrarsubventionen zu fordern, bezeichnete "top agrar" im redaktionellen Teil die Idee, über höhere Verbrauchereinkommen auch faire Milchpreise für Verbraucher bezahlbar zu machen, als "naiv".

Ob es in Wirklichkeit angesichts schwindender fossiler Energieträger nicht vielmehr super-"naiv" ist, immer mehr auf eine hoch spezialisierte Landwirtschaftsindustrie zu setzen, deren Rohstoffe (z.B. Futtermittel wie Soja) zunächst um die halbe Welt transportiert werden, um hernach die Produkte wiederum weltweit vermarkten zu können, darf gern diskutiert werden.

Im Forum von "top agrar" wurde teils heftig ausgeteilt, nicht nur, wie wir es schon kennen, gegen Erwerbslose. So bezeichnete Dirk Eckern dort die protestierenden Landwirte als "den Bodensatz unserer Branche". "Der Rest (habe) kein besonderes betriebliches Problem" [2]. Ob Dirk Eckern selbst noch einen landwirtschaftlichen Betrieb führt, darf zweifelt werden. Wahrscheinlicher ist, dass sich hier hinter einem Tarn-Namen ein im Interesse der Bauernverbands tätiger Lobbyist versteckt.

Interessant ist dazu eine Nachricht bei "top agrar" vom 7.6.10. Dort wird die niedersächsische Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen (CDU) dahingehend zitiert, dass "im mehrjährigen Durchschnitt ... fast 60 % der Gewinne der niedersächsischen Haupterwerbsbetriebe aus Direktzahlungen" stammen (also aus staatlichen Geldern). Zur aktuellen Situation unterstrich die Ministerin: „Im Krisenjahr 2008/09 waren es 70 %, in den Milchviehbetrieben sogar 90 %“. Ihr Fazit: "Direktzahlungen auch nach 2013 unverzichtbar".

Ich vermute, dass wir hier einer weiteren Gemeinsamkeit zwischen Erwerbslosen und Landwirten auf die Spur kommen: Scham soll unter Bauern wie Erwerbslosen verbreitet werden. Scham wegen angeblich individuellen Versagens soll sie davon abhalten, laut zu protestieren.

Genau wie sich Erwerbslose schämen sollen, als Erwerbslose auf die Straße zu gehen oder sich zusammen zu schliessen, um gemeinsam dem Amt entgegen zu treten, sollen sich Landwirte schämen zuzugeben, dass sie schon lange nur mit Staatsknete

überleben. Daher tritt "Herr Eckern" als erfolgreicher Unternehmer auf und beschimpft seine Kollegen. Zugegeben: Die von Bauern bezogene Staatsknete heißt nicht Hartz IV sondern "Grünlandprämie", "steuerfreier Agrardiesel", "Direktzahlung". Aber immer weniger lassen sich von dieser Rhetorik 'an der Nase herumführen'.



Selbstbetrug aufgrund von Scham kostet jährlich rund ein Prozent der Landwirte ihre Existenz, denn er hindert sie, sich für kostendeckende Preise zusammen zu schliessen. Den schamhaften Erwerbslosen sind viel einfacher die Mittel zusammen zu streichen. Beide Gruppen müssen lernen, sich mutig für gemeinsame Interessen einzusetzen.

Wie dem auch sei - es ist noch ein gutes Stück Weg zu gehen. Auf der Kundgebung hiess es:

"Diese gemeinsame Kundgebung kann ... nur ein Anfang sein. Der Anfang einer breiteren Bewegung, die sich füllt mit Menschen aus den Bereichen, in denen jetzt schon schikanöse Arbeitsbedingungen herrschen, wie bei Discountern und Leiharbeitsfirmen. Die sich füllt mit Bauern, die systematisch unter die Knute des Bankkredits getrieben werden. Mit Menschen aus Betrieben, die privatisiert werden sollen, natürlich auf Kosten der in ihnen Beschäftigten. Und mit Menschen, die einfach aufgrund ihres Wissens und ihrer Vernunft sagen: Es reicht!

Ich sehe also heute, wenn ich über diese kleine Gruppe schaue, nur ein zartes Pflänzchen. Dessen Wurzeln sind aber so tief in die Ursachen für gesellschaftliche Ungerechtigkeit eingegraben, dass es fast von selber zu einem starken Baum wird. Ich sage *fast*, in dem Bewusstsein, dass wir den Rest Wasser, den dieses Pflänzchen braucht, ihm geben werden."

(Bericht ALSO)



[1] Mehr unter [www.vzhh.de/](http://www.vzhh.de/)

[2] ([http://www.topagrar.com/index.php?option=com\\_fireboard&Itemid=427&func=view&catid=15&id=27096](http://www.topagrar.com/index.php?option=com_fireboard&Itemid=427&func=view&catid=15&id=27096))

[3] Originalredebeiträge siehe unter [www.also-zentrum.de](http://www.also-zentrum.de)